

27. April 2010

Pressemeldung

Die Schülerbeförderung in Hessen muss dringend neuorganisiert werden!

Der Landeselternbeirat von Hessen fordert die Novellierung der gesetzlichen Bestimmungen, Gleichbehandlung der Fahrschüler, Sicherstellung von technisch einwandfreiem Fahrzeugmaterial etc.

Der Landeselternbeirat von Hessen (LEB) fordert die Landesregierung von Hessen auf, die Schülerbeförderungskosten **für alle Schülerinnen und Schüler vollständig bis zum Ende der Schulausbildung zu übernehmen, d.h.**

1. Übernahme der Fahrtkosten bis zum Schulabschluss (d.h. Haupt-/Realschulabschluss, Abitur).
2. Jegliche Benachteiligung von Schülern/innen aufgrund ihres Wohnortes ist auszuschließen, unabhängig von der gewählten Schulform und dem angestrebten Schulabschluss.

Um diese weitreichenden, kinder- und familienfreundlichen Forderungen umzusetzen, sind umfangreiche kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen erforderlich, die der Landeselternbeirat in einem Forderungskatalog der Landesregierung und dem Kultusministerium vorgelegt hat.

Der LEB von Hessen ist der Auffassung, dass die unterschiedlichen Schulabschlüsse nicht zur wirtschaftlichen Benachteiligung von Familien und zur Benachteiligung von Schülern/innen führen dürfen. Geringere Bildungschancen und Benachteiligungen insbesondere von sozial-schwächeren oder im ländlichen Raum wohnenden Kindern/Jugendlichen dürfen vom Land Hessen und den kommunalen Schulträgern nicht in Kauf genommen werden. Eine gesetzliche Korrektur ist diesbezüglich dringend geboten.

Als erste, kurzfristige Maßnahme schlägt der LEB vor, dass das Land den Schulträgern bzw. den Kommunen wieder die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt, damit diese wieder bis zum Ende der 10 Klasse die Beförderungskosten übernehmen, ohne eine Ausgrenzung der G8-Schüler vorzunehmen.



Kerstin Geis
Vorsitzende des Landeselternbeirats von Hessen